

Bürgerenergiekonvent 2015 in Erfurt

Forum 4: Ausschreibungen - Gegenwind für Bürgerwind

Stefanie Usbeck, Aufsichtsrat BBEn und Vorstand Windfang eG

Horst Leithoff, Rat für Bürgerenergie und Vorstand Bürgerwindparkbeirat im Bundesverband WindEnergie e.V.

Daniela Setton, Leitung Politik & Kommunikation beim BBEn

Marcel Keiffenheim, Aufsichtsrat BBEn und Leitung Politik und Kommunikation Greenpeace Energy eG

Was ist der aktuelle Stand beim Thema Ausschreibungen? Was sind die möglichen Auswirkungen für Bürgerenergie-Projekte und was ist für die weitere Realisierung von Energieanlagen in Bürgerhand wichtig? Diese Themen standen im Zentrum des Forums, vor allem im Blick auf Wind an Land. Denn dort werden die größten Probleme für die Bürgerenergie gesehen

Ausschreibungen: weitere Hürden für Bürgerenergie-Projekte

Zu Beginn des Workshops gab Marcel Keiffenheim einen Überblick über den aktuellen Stand beim Thema Ausschreibungen: Wie ist die politische Gemengelage? Wie plant das Bundeswirtschaftsministerium die Einführung der Ausschreibungen bei den einzelnen Technologien? Was ist bei der Bürgerenergie vorgesehen? Was sind die nächsten Schritte im beginnenden Gesetzgebungsprozess? Die Einführung von Ausschreibungen ist die falsche Entscheidung für die Energiewende, sei aber aufgrund der derzeitigen politischen Konstellation nicht mehr zu verhindern, stellte Marcel Keiffenheim fest. Allerdings gebe es durchaus Möglichkeiten, die negativen Auswirkungen für Bürgerenergie-Projekte zu minimieren. Ziel müsse es sein, Ausnahmen für Bürgerenergie bei Ausschreibungen durchzusetzen. Dafür sieht er auch bei Wind an Land – wo das Bundeswirtschaftsministerium anders als bei PV bisher keinerlei Ausnahmen von Ausschreibungen vorsieht - durchaus Chancen, wenn in Ausgestaltungsfragen Einigkeit erzielt werde:

- WIE sollen die Ausnahmen eingeführt werden: z.B. welchen Preis erhalten die Projekte, die nicht in den Ausschreibungen sind?
- WER soll davon profitieren können: die kleinen Projekte oder kleine Akteure?

Zumindest bei der Fachebene im Ministerium sei inzwischen angekommen, dass für kleine Akteure Ausnahmen nötig und sinnvoll seien. Derzeit werde zu Wind an Land vor allem diskutiert, ob bestimmte Akteure befreit würden und inwiefern die KMU-Kriterien der EU dabei hilfreich sind, kleine von großen Akteuren abzugrenzen.

Erfahrungen vor Ort

Steffi Usbeck erklärte den spezifischen Ansatz der FrauenEnergieGemeinschaft Windfang eG und machte deutlich: Mit den drohenden Ausschreibungen ist nicht nur der Ausbau der Erneuerbaren Energien für Bürgerenergie gefährdet. Es geht auch darum, den Bestand an Anlagen in Bürgerhand aufrechtzuerhalten. Anhand ihres konkreten Beispiels

führte sie aus, dass ein Repowering der Windfang-Anlagen mit Ausschreibungen nicht mehr möglich sei. Allianz und Co. hätten deutlich bessere Chancen, die Anlagen der Bürgerfonds zu übernehmen.

Bürgerwindpark-Betreiber Horst Leithoff aus Schleswig-Holstein/Dänemark führte aus, dass er mit Ausschreibungen die Möglichkeit verlieren würde, „jeden kleinen Bürger im Dorf mitzunehmen, der sich beteiligen möchte“. Ausschreibungen seien für ihn und seine Mitstreiter „ein völlig undurchschaubares Risiko“ – trotz der guten Windstandorte im Norden.

Was brennt auf den Nägeln?

Bei der Diskussion ging es sehr stark um die Frage, was die Ausschreibungen für die unterschiedlichen Bürgerenergieprojekte bedeuten und inwiefern die Projekte mit Ausschreibungen überhaupt noch zu realisieren wären. Bei einer Pflicht zur Teilnahme an Ausschreibungen wird unisono als große Gefahr gesehen, dass die Handlungsmöglichkeiten von Bürgerenergie-Akteuren noch erheblich weiter beschränkt würden und es den großen Marktplayern leichter gemacht wird, Projekte zu realisieren. Trotz der Unterschiedlichkeit der Bürgerenergie-Projekte sehen alle die gleichen zentralen Probleme von Ausschreibungen:

- Das Risiko wird größer – keine Risikostreuung ist möglich;
- Die Abhängigkeiten von anderen Akteuren in den Projekten (im Hinblick auf Projektierer, Kommunen) wächst;
- Es wird weniger Projekte für Bürgerenergie geben;
- Mitgestaltungsmöglichkeiten werden abnehmen;
- Repowering steht infrage;
- Nachteile gegenüber großen Playern bei den Anlagenpreisen;
- Drohende Notwendigkeit des Verkaufs des Projekts an große Marktplayer.

So stark die Ablehnung der Ausschreibungen war, wurde auch deutlich, dass die einfache Fortführung des EEG 2014 keine Option für die Bürgerenergie ist. Auch bei Wind an Land wird die Vergütung bald nicht mehr auskömmlich für die Projekte sein. Hier seien andere Lösungen nötig.

Bei den möglichen Lösungswegen für die Bürgerenergie trotz Ausschreibungen sahen die Teilnehmenden wenige Optionen:

- Bündelung von Bürgerwind-Anlagen;
- Möglichkeit zur Direktvermarktung sowie
- direktes Werben bzw. Ansprache von Kommunen als Grundstückseigner, die die Bürgerenergie im Rahmen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten stärken sollen.

Das Fazit der Diskussion

Für alle Projekte ist gleichermaßen wichtig bzw. existenziell, dass die Handlungsspielräume für Bürgerenergie-Akteure vor Ort nicht noch weiter eingeschränkt werden. Dabei sind die Ausschreibungen ein gravierendes Problem, aber auch nur eines unter weiteren für die Bürgerenergie – Stichwort: Grünstromvermarktung.

Alle waren sich einig, dass bei Ausschreibungen die Freigrenzen der EU-Kommission in den Beihilfeleitlinie (bei Wind an Land: bis 6 MW bzw. 6 Anlagen/ bei PV und anderen: bis 1 MW) eine sinnvolle Option für die Bürgerenergie wären. Als absolut nötig wird gesehen, dass bei PV-Dachanlagen im weiteren Gesetzgebungsprozess die 1 MW-Freigrenze als Ausnahme von den Ausschreibungen beibehalten wird. Doch bestehe die Gefahr, dass diese Grenze im anstehenden Gesetzgebungsprozess auf Druck der Eigenverbrauchs- und Solargegner weiter abgesenkt wird.

Nächste Schritte – wie weiter?

Die Teilnehmer/innen fanden es wichtig, sich zum Thema Ausschreibungen einzubringen. Viele wünschten sich ein klares und deutliches Zeichen der Ablehnung an die Bundesregierung. Dem BBEn wird dabei eine wichtige Rolle zugeschrieben. Daniela Setton betonte, dass sich nicht nur der BBEn oder die großen Verbände beim Ministerium zu Wort melden sollten. Die Bürgerenergie-Akteure selbst sollten ihre kritische Sicht auf die geplanten Ausschreibungen deutlich nach Berlin kommunizieren und sich Gehör verschaffen. Das Bündnis bietet hierfür Unterstützung an.